

Fragen an die Kandidaten aus dem Bodenseekreis zur Bundestagswahl 2025

ANTWORTEN VON AKIF AKYILDIZ (FDP)

Die eingeschlagene Richtung der Energiewende, mit unbezahlbaren Strompreisen, zunehmender Versorgungsunsicherheit des Stromnetzes, drohendem Wirtschaftsabbau und Arbeitsplatzverlusten muss grundsätzlich neu überdacht werden.

Frage 1: Was halten Sie persönlich für den richtigen Energiemix Deutschlands? Welche Maßnahmen planen Sie kurz-, mittel- und langfristig für den Bodenseekreis in Bezug auf Energie- und Umweltpolitik?

ANTWORT 1: Akyildiz, (FDP)

Der Atomausstieg war ein historischer Fehler. Die staatlich gelenkte Energiewende ist gescheitert und wird auch in Zukunft noch viel drastischer scheitern. Es ist nicht ausgeschlossen den endgültigen Abbau der Atomenergie noch aufzuhalten. Es muss sofort gehandelt werden. Tatsächlich sind wir dagegen die Atomenergie zu subventionieren, aber Tatsache ist auch dass es weit effizienter wäre Subventionen für die Atomenergie zu bezahlen als für erneuerbare Energien. Wir müssen Technologie-offen sein. Nicht nur muss die Energie günstiger und verlässlicher sein, wir müssen auch von äußeren Mächten unabhängig werden.

Laut Windatlas BW 2019 gehört der Bodenseekreis zu den Gebieten in Deutschland mit schwacher Windleistung, und ist daher für die industrielle Nutzung der Windkraft nur sehr bedingt geeignet. Um für die Betreiber dieser Anlagen dennoch die Wirtschaftlichkeit zu erreichen, werden diese Anlagen stark mit finanziellen Anreizen wie etwa der EEG-Einspeisevergütung subventioniert - bei uns im Süden sogar mit einem zusätzlichen «Süd-Bonus» der für windschwache Regionen gewährt wird.

Frage 2: Wie stehen Sie zur Forderung, dass Windkraftanlagen sich dem freien Wettbewerb stellen müssen und keine weiteren öffentliche Subventionen und andere marktverzerrende Bevorteilungen, wie etwa die Vorranginspeisung, erhalten?

ANTWORT 2: Akyildiz, (FDP)

Ich kann der geäußerten These nur zustimmen. Erneuerbare Energien sind rentabel und es braucht keine Subventionen für den Ausbau. Dass es sie überhaupt gibt, liegt an Ideologie und Lobby.

Baden-Württemberg ist ein Sonnenland, das gilt ganz speziell bei uns in der Bodenseeregion. Deutschland ist zudem ein Industrieland, das auf eine günstige und verlässliche Stromversorgung angewiesen ist. Durch die politisch getriebene Ausrichtung auf den Ausbau der Windkraftanlagen wird beidem nicht ausreichend Rechenschaft getragen. Die notwendigen Trassen fehlen, die Speichertechnologie ist noch nicht ausreichend verfügbar und zukunftsweisende, klimaneutrale oder klimaschonende Technologien (wie z.B. die industrielle CO₂ Abscheidung, Biomasse oder Geothermie für die Heizenergie) bekommen zu wenig Raum.

Frage 3: Wie stehen Sie zur Frage, stärker auf den Ausbau von Technologien zu setzen, die sich im Einklang mit unserer Region befinden, und welche sehen Sie dafür als geeignet an?

ANTWORT 3: Akyildiz, (FDP)

In einer Windarmen Region Windenergie auszubauen, halte ich für falsch.

Das Heil- und Kurwesen und der Tourismus hat bei uns am Bodensee eine herausragende Bedeutung für die Wirtschaftskraft und somit für Arbeitsplätze und Steuereinnahmen. Die Anziehungskraft unserer Region beruht wesentlich auf ihrem besonderen landschaftlichen Reiz. Aktuelle Windkraftanlagen würden mit ihrer Gesamthöhe von bis zu 300 Metern, den Stuttgarter Fernsehturm um mehr als 80 Metern überragen und würden das Landschaftsbild, speziell von Seeseite her, wesentlich beeinträchtigen. Dazu kommt, dass die geplanten Windkraftanlagen durchwegs auf der «Ersten Reihe» angrenzender Höhenlagen stehen würden, was aus Seesicht eine optische Gesamtwirkung von mehr als 500 Meter Höhe bedeutet.

FRAGE 4: Würden Sie solche Belastungen unserer Region im Verhältnis zum Nutzen für richtig halten?

ANTWORT 4: Akyildiz, (FDP)

Konkrete Windkraftanlagen in Windarmen Regionen sind wie bereits erwähnt zu hinterfragen. Man muss sich aber auch ein Stück weit öffnen können, auch für unliebsame Veränderung am Landschaftsbild. Wenn sich alle Bürger gegen jede Infrastrukturmaßnahme wehren, weil sie das „Landschaftsbild“ verzerrt, dann würde in Deutschland kein Strom fließen, kein Zug fahren und Internet hätte hier keiner. Man muss immer realistisch bleiben und vor allem darf man nicht davon ausgehen, dass man alles haben kann (Günstigen Strom, Zugverbindung, schnelles Internet) aber alles muss woanders gebaut werden. Wenn es Sinn machen würde für unsere Energiesicherheit dann hätte ich auch nichts gegen die Windkraftanlagen. Ich liebe den Bodensee und meine Heimatregion, ob da jetzt Windräder stehen oder nicht.

Der geplante kommerzielle Windpark Hochbühl befindet sich in der Sicht-Umgebung (≈7,5 km) des höchst raumbedeutsamen Klosters Birnau Maurach und (≈10 km) der UNESCO Welterbestätte Pfahlbauten in Unteruhldingen - das älteste archäologische Freilichtmuseum Deutschlands - die 2011 aufgrund Ihrer hervorragenden Erhaltung unter Wasser zum UNESCO Weltkulturerbe der Menschheit erklärt wurden. Die denkmalgeschützte Altstadt von Überlingen mit dem Nikolausmünster, wurde in den Planungen des Regionalverbandes Bodensee-Oberschwaben nicht berücksichtigt.

FRAGE 5: Wie stehen Sie zur technischen Überformung dieser raumbedeutsamen Orte des Bodensees?

ANTWORT 5: Akyildiz, (FDP)

Ich liebe die Birnau, ich finde es ist einer der schönsten Orte am Bodensee. Ich fahre dort oft hin und komme aus dem Staunen nicht heraus, weil es immer wieder aufs Neue so atemberaubend aussieht. Ich werde mich aber trotzdem wiederholen. Optik ist kein Grund, um Infrastruktur zu verhindern. Man muss diese Infrastruktur jetzt auch nicht gerade direkt vor den Monumenten erbauen, aber wenn uns diese Anlagen stören, weil sie nicht gut in die Optik passen, dann wird das allen anderen Bürgern, in ganz Deutschland auch so gehen. Dann bauen wir gar nichts mehr. Ich finde auch die Straße mit den Autos neben der Birnau sehr unpassend für die Aussicht. Aber deshalb muss man da trotzdem durchfahren können. Es kann einen Einklang geben. Das Problem mit den Windkraftanlagen ist, dass wir eine Windarme Region sind.

Über den Tatbestand, dass ein Vorranggebiet für Windkraftanlagen in der Nähe ihrer Wohngemeinde ausgewiesen werden soll, werden die betroffenen Bürger nur unzureichend informiert. Zudem erfahren sie davon regelmässig nur wenige Wochen kurz vor Ablauf der Frist, gegenlautende Stellungnahmen einreichen zu können. Wir sehen dadurch die Beteiligung der Bürger gravierend eingeschränkt. Als weitere Einschränkung kommt verschärfend hinzu, dass durch das ausgerufene „überragende öffentliche Interesse“ für erneuerbare Energien, wie es im EEG 2023 festgeschrieben ist, die Möglichkeiten der Beteiligung und Mitsprache der Gemeinden und den betroffenen Bürgern bei Windkraftprojekten, massiv eingeschränkt werden.

FRAGE 6: Was werden Sie dafür tun, um die Beteiligung von mündigen Bürgern bei derartigen Grossprojekten sicherzustellen, die sich direkt auf Ihre Lebensumgebung auswirken?

ANTWORT 6: Akyildiz, (FDP)

Die Politik muss weniger ideologisch an die Sache herangehen und kluge Entscheidungen treffen. Windkraftanlagen passen aufgrund der Gegebenheiten nicht zum Bodensee. Das hätte man bedenken müssen. Es würde auch zu mehr Akzeptanz in der Gesellschaft führen, wenn die Infrastruktur die gebaut werden soll zumindest sinnvoll wäre. Diese Chance wurde in diesem Fall vertan. Daher verstehe ich den Unmut. Intransparenz bei der Durchführung ist auch falsch, der Staat muss Gläsern sein. Jedoch sind gewisse Hürden zur Bürgerbeteiligung nicht abwegig. In Deutschland leben wir in einer repräsentativen Demokratie. Anders als in der Schweiz sollen Politiker die Interessen der Bürger vertreten. In der Schweiz entscheiden die Bürger direkt. Was ich befürchte bei so einem Umgang ist, dass dann die Bürger eine ablehnende Haltung gegenüber allen Infrastrukturprojekten entwickeln und alles aufhalten, was in ihrer Umgebung gebaut werden soll. Zudem kann eine Mehrheit die Minderheit auch unfair behandeln. Man stelle sich mal vor, zur Corona-Zeit hätte es einen Bürgerentscheid über die Impfpflicht gegeben. Ich würde nicht mal riskieren wollen, dass z.B. 60% der Bevölkerung den Rest dazu zwingen sich impfen zu lassen. Die FDP hat das mit 11% im Parlament verhindert. Das ist repräsentative Demokratie.

Alle drei der in der aktuellen Planung des Regionalverbands Bodensee-Oberschwaben für den Bodenseekreis enthaltenen Windparks (Hochbühl, Heiligenberg-Betenbrunn, Gehrenberg) liegen im Wald. Der Erhalt und Schutz des Waldes in unserer Region, ist von großer Bedeutung für die biologische Vielfalt, den Wasserhaushalt und das Wohlbefinden der Bevölkerung. Als naturnahes Ökosystem bietet er Lebensraum für zahlreiche – teilweise geschützte Arten - und leistet einen wichtigen Beitrag zum Erhalt der Biodiversität.

FRAGE 7: Wie stellen Sie sich zu der Errichtung von Windkraftanlagen in den betroffenen Waldgebieten?

ANTWORT 7: Akyildiz, (FDP)

Windkraftanlagen sind für viele ein Zeichen von mehr Klimaschutz, da es eine erneuerbare Energie ist. Dass dafür Wälder abgeholzt werden, ist an Absurdität natürlich nicht zu überbieten. Das ist grüne Ideologie, oder vielleicht auch einfach Wahn.